die freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E.V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 1-2 Januar-Februar 1957

Erinnerung an Theodor Körner

Am 4. Januar d.J. verstarb im Alter von 83 Jahren der österreichische Bundespräsident Theodor K ö r n e r. Er war einer jener alten Männer, die ihr Leben lang um die politische Gestaltung Europas und um die Erfüllung eines echten sozialistischen Auftrags kämpften. Ganz Österreich trauert um den Vater eines Volkes.

Theodor Körner war Sozialdemokrat. Aber ihm gehörte die Sympathie des ganzen Volkes, und er gewann durch sein schlichtes Wesen auch die Herzen der politisch Andersdenkenden.

Es ist sicherlich ein Zeichen menschlicher Grösse, wenn ein zu hohen Ehren Gekommener getreu seiner politischen Auffassung und seiner Zielsetzung lebt. Noch höher aber ist es zu schätzen, wenn ein Mann wie Theodor Körner, der aus dem Adelsstand kam (er hiess Edler von Siegringen), schon als junger Mensch den Adelstitel ablegte, und wenn er als Stabsoffizier und General sich zur Sozialdemokratie bekannte.

Als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gehörte er seit 1925 dem österreichischen Bundesrat an. Im Jahre 1934 wurde er in Haft genommen, da er im Republikanischen Schutzbund eine führende Rolle eingenommen hatte. Im Dezember 1934 wurde er jedoch wieder auf freien Fuss gesetzt. Auch die Nationalsozialisten nahmen ihn nach dem 20. Juli 1944 fest. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Theodor Körner von der Wiener Stadtverwaltung zum Bürgermeister von Wien gewählt, und er hat es in den sechs Jahren seiner Amtstätigkeit verstanden, für das Wohl der Wiener Bevölkerung mit besten Kräften zu sorgen. Selbst die sowjetischen Besatzungsoffiziere haben dem ihnen nicht immer bequemen ersten Bürger Wiens ihre Hochachtung bewiesen. Am 27. Mai 1951 wurde Theodor Körner zum Bundespräsidenten als Nachfolger von Dr. Karl Renner gewählt.

Oftmals kann man an kleinen Dingen die Grösse und Untadligkeit

einer Persönlichkeit erkennen. Es ist bekannt, dass Theodor Körner die Bescheidenheit in Person war. Er verachtete das Dienstauto und fuhr häufig mit der Strassenbahn zu seinem Büro, er tätigte seine Einkäufe selbst und lehnte die obligate Bewachung durch Kriminalpolizisten ab.

Oberst a.D. H a n s L a n g e, Ehrenmitglied des Berliner Freiheitsbundes, hat in seinem Leben selbst einmal den kameradschaftlichen Einsatz von Theodor Körner erfahren und stellt der Redaktion der "Freiheitsfackel" einen Aufsatz zur Verfügung, den wir gern veröffentlichen:

"Anfang der dreissiger Jahre fand in Baden-Baden eine Reichsbanner-Kundgebung statt. Es sollten sprechen: der General von Deimling, General Körner und ich. General von Deimling fiel leider wegen Krankheit aus. Dem Kameraden vom österreichischen Schutzbund zuzuhören, war wirklich ein hoher Genuss. Hier äusserte sich eine Persönlichkeit, massvoll, aber doch mit unerbittlicher Schärfe mit dem Gegner abrechnend und die Ziele klar darlegend. Der Eindruck war stark und bleibend. Das Zusammensein nachher bei einem Glase badischen Landweins schuf eine herzliche Bindung.

Dann vergingen die Jahre, der Krieg kam. Ich wurde in Berlin-Zehlendorf ausgebombt und brachte meine leidende Frau nach Alt-Aussee in Oberösterreich, wo wir das Kriegsende abwarteten. Ich schloss mich aktiv einer Widerstandsbewegung an, die dort entstanden war und, wie sich später zeigte, mit Erfolg in die letzten Geschehnisse eingreifen konnte. Endlich war der grausame Spuk zu Ende, die Amerikaner kamen, und nun geschah etwas Seltsames: Hohe Behörden schickten die "Reichsdeutschen" heim ins Reich, zum Teil mitten im Winter als Transporte in Güterwagen. Das war eine grosse Härte, und ich fand, sie traf mich eigentlich unverdient. Was tun? Da fiel mir der General Körner ein, der mittlerweile Bürgermeister von Wien geworden war. Ich schrieb an ihn und legte auch eine Bescheinigung über meine Tätigkeit in der Widerstandsbewegung bei, die mir von Mitgliedern der dortigen Freiheitsbewegungen ausgestellt worden war. Umgehend kam eine sehr freundliche Antwort, die mir Hilfe versprach. Dem Brief lag die Abschrift eines Schreibens an den Bürgermeister von Linz, Oberregierungsrat Dr. Ernst Koref, bei. Sie lautete:

"Abschrift

Wien, am 13. März 1946

Betrifft: Oberst a.D. Hans E. Lange
Repatriierung

Herrn Bürgermeister Oberregierungsrat Dr. Ernst K o r e f

in L i n z a.D.

Lieber Freund Koref!

Beigeschlossen sende ich Dir einen Brief, den ich von Polizeioberst a.D. Hans E. L a n g e aus Altaussee-Fischerndorf empfing. - Ich lernte Lange tatsächlich bei einer Kundgebung des Reichsbanners Schwarzrotgold in Baden-Baden, bei der wir gemeinsam sprachen, kennen und entsinne mich, dass er seinerzeit - als Sozialist - auch in Oberösterreich Versammlungsreden hielt.

Diesem Manne zu helfen, erachte ich für eine moralische Pflicht und ich bitte Dich, ihm die gewünschte Fristerstreckung und ferners die Berechtigung zur privaten Heimreise (ausserhalb der Repatriierungstransporte) bei den oberösterreichischen Behörden zu erwirken.

Oberst Lange habe ich heute gleichzeitig benachrichtigt, er wolle sich mit Dir auch direkt in Verbindung setzen.

Mit verbindlichem Dank für Deine Bemühungen grüsst Dich herzlichst

..."

Nun war mir wirklich geholfen. Ich verliess Alt-Aussee erst im Mai und nicht im Güterwagen, sondern mit meinen Habseligkeiten als freier Mann. Die Kameradschaft zwischen Schutzbund und Reichsbanner hatte sich aufs beste bewährt.

Als Theodor Körner dann zum Bundespräsidenten gewählt wurde, schrieb ich ihm einen Glückwunsch. Sicherlich hatte er unzählige solcher Briefe erhalten und konnte sie nur mit einer gedruckten Karte beantworten. Auch ich bekam eine solche Karte, doch darunter stand handschriftlich: 'und grüsse Sie herzlich im Gedenken an die Vergangenheit. Ihr Körner.' Diese wenigen Worte haben mich sehr gefreut. Die Vergangenheit hatte ein festes Band geknüpft. Und jetzt ist dieser grosse alte Mann heimgegangen. Er war ein Mensch von edelster Prägung."

+

Nur ein paar Pressemeldungen...

Ein Maulkorbgesetz?

In Kürze wird sich der Bundestag mit einer Vorlage der Bundesregierung zur Änderung des Strafrechts befassen. Es geht darum, gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Bundeswehr sowie der auf deutschem Boden stationierten ausländischen Truppen gegen Spionage, Sabotage und andere gegen die Landesverteidigung gerichtete Delikte unter Strafe zu stellen. Soweit ist das nichts aussergewöhnliches. Kein Land kommt ohne derartige Schutzbestimmungen aus.

Aber schon seit langem ist um eine Reihe von Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes ein heftiger Meinungskampf im Gange. Denn die Bundesregierung will darin auch denjenigen bestrafen, der die Bundesrepublik Deutschland, eines ihrer Länder, ihre verfassungsmässige Ordnung "oder die Bundeswehr" beschimpft oder böswillig verächtlich macht. Hier wird also der Bundeswehr eine Sonderstellung gegenüber allen anderen staatlichen Institutionen eingeräumt. Wieso? Es heiss doch immer wieder, sie solle nicht von neuem "Staat im Staate" werden.

Schlimmer aber noch ist der Entwurf zu einem neuen Paragraphen 109b des Strafgesetzbuches. Danach soll jeder mit Gefängnis bestraft werden, der "unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, um andere vom Wehrdienst abzuhalten oder die Bundeswehr in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern". Das ist ein gefährlicher Gummiparagraph mit enormen Auslegungsmöglichkeiten.

Es fehlt jede Angabe darüber, worauf sich die "Behauptungen" beziehen müssen. Und es fehlt jeder Schutz dagegen, dass zum Beispiel der Presse ein Strafverfahren angehängt wird, wenn sie die Kritik eines Politikers über die Bundeswehr veröffentlicht und wenn sich später herausstellt, dass dessen Angaben unrichtig waren. Es läge bei einer solchen Bestimmung einzig beim Richter, ob daraus nicht ein übler "Maulkorb" würde.

Das darf nicht sein. Wir sollten endlich aufhören, aus Überängstlichkeit um die Demokratie undemokratischen Einschränkungen der Meinungsfreiheit das Tor zu öffnen. Der Bundestag darf diese Vorlage nicht unverändert verabschieden.

("Der Abend" vom 23.1.1957)

+

SPD will Wehrpflicht abschaffen

Vertragserfüllung durch Berufsheer / Das Programm der Opposition

Bonn, 24. Januar. Die SPD will für den Fall, dass sie nach den Bundestagswahlen von 1957 entscheidenden Einfluss auf die Bonner Regierungspolitik nehmen kann, die Wehrpflichtarmee durch eine Berufsarmee ersetzen. Die obersten Führungsgremien der Partei bestätigten am Donnerstag die wehrpolitischen Beschlüsse des Münchener SPD-Bundesparteitages vom Juli 1956 und ergänzten sie, indem sie sich eindeutig zur Freiwilligenarmee bekannten. In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission erklärte der SPD-Vorsitzende Erich O l l e n h a u e r, eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werde das Wehrpflicht-

gesetz abschaffen. Bei diesem Entschluss bleibe es, da er jederzeit mit guten Gründen vertreten werden könne.

Mit der Parole "Sicherheit für alle" will die SPD in den dritten Bundeswahlkampf gehen. Unter diesen Begriff einer wirklichen Sicherheit fallen nach den Worten Ollenhauers:

1. die Forderung nach friedlicher Wiedervereinigung als zentrales Problem der nationalen und europäischen Sicherheit,
2. soziale Gerechtigkeit und
3. die Garantie geistiger Freiheit.

Die CDU-Politik habe wirtschaftlich, sozial, geistig und kulturell überall da versagt, wo wirkliche Opfer erforderlich gewesen seien. Sie sei ein "Paradefall der restaurativen Besitzpolitik". Die jüngsten Wahlen hätten klar bewiesen, dass die Bevölkerung und vor allem auch die Jugend in ihrer Mehrheit hinter der Konzeption der SPD stehen. Die SPD werde sich daher hart mit "dem nervös und unsicher gewordenen Gegner" auseinandersetzen. Dabei werde es der CDU nicht gestattet werden, aus der innerpolitischen Kampfbahn auszubrechen und den Versuch zu unternehmen, das Interesse der Öffentlichkeit auf andere Gebiete zu lenken. Die SPD sei entschlossen, mit Hilfe der Mehrheit der Bevölkerung ihre unmittelbaren politischen Ziele zu erreichen: die Beseitigung der CDU-Herrschaft im Bundestag und die Ablösung der Regierung Adenauer durch eine Bundesregierung "unter führender Beteiligung der SPD".

....

"Frankfurter Rundschau" vom 25.1.1957)

+

In China steht man Schlange

Hongkong, 6. Februar. "Genosse Redakteur: Heutzutage muss man Schlange stehen, wenn man Mehl kaufen will, Fleisch, ja selbst Sesamkuchen. Um Dinge zu kaufen, die ein paar Cents kosten, müssen wir uns anstellen und warten. Das ist in der Stadt genau so wie auf dem Lande. Da dadurch viel Zeit verloren geht, die besser zum Ausruhen oder zum Studieren verwendet werden könnte, beginnen die Leute sich darüber zu ärgern. Als wir uns neulich in einer Gruppe in einem staatlichen Laden beschwerten, wurde uns geantwortet: 'Das ist ein sehr gutes Zeichen, beweist es doch, dass die Lebensbedingungen der Bevölkerung sich zu bessern beginnen, die Kaufkraft steigt.' Ich möchte dennoch genau wissen, warum wir uns immer anstellen müssen und ob es nicht möglich ist, das zu vermeiden? Leser Li Hsing Pei aus Peking."

Dieser Brief findet sich in der Nr. 21 der Pekinger Zeitschrift "Shih Shih Shou Ts'e", ebenso eine ausführliche Antwort, die den Vorzug hat, nicht im abstrakten Parteichinesisch verfasst zu sein, sondern verständlich und lebendig ein verhältnismässig anschauliches Bild von gewissen Aussichten auf die chinesische Wirtschaft verschafft. Als einzige Anmerkung des Berichterstatters mag der Hinweis genügen, dass die meisten chinesischen Hausfrauen sich schon morgens um vier Uhr nach bestimmten Waren anstellen müssen, weil um fünf der Vorrat bereits verkauft ist. Den Rest erklärt die Antwort an Genossen Li Hsing Pei.

"Genosse Li Hsing Pei: Es ist ein heute allgemeines Phänomen, dass man Schlange stehen muss, um etwas zu kaufen, aber es wird nicht

langlebig sein, denn es lässt sich vermeiden.

Erstens ist die Versorgung mit Waren knapp: Seit dem Beginn des gross angelegten Wirtschaftsaufbaus im Jahre 1953 ist eine Verknappung vieler Güter eingetreten. Es ist wirklich so, dass wir für Schweinefleisch anstehen müssen, weil es eben nicht genug Schweine gibt. Sobald genug vorhanden sind, brauchen wir nicht mehr Schlange zu stehen. Zum Beispiel werden Wein und Tabak in grossen Mengen hergestellt, dass wir sogar schon Schwierigkeiten haben, alles zu verkaufen, und wir brauchen nach Wein und Tabak nicht anzustehen.

Zweitens sind die Läden unvernünftig verteilt: Verglichen mit dem Jahre 1950 ist das Netz des Handels, eingeschlossen Staatsläden und solche, die den Kooperativen gehören, ums 5,5fache vergrössert worden, deren Belegschaft ums 4,7fache. Dennoch ist die Anzahl der Läden noch immer zu gering. In Peking wurden zum Beispiel 500 kleine Gemüseläden Ende letzten Jahres geschlossen. Kurz darauf ergab es sich, dass riesige Mengen Gemüse unverkauft blieben, einmal waren es fünf Millionen Catties (1 Cattie etwa 1 Pfund), die verrotteten, während die Bevölkerung zur gleichen Zeit nach Gemüse Schlange stehen musste.

In vielen Läden muss der Kunde dreimal anstehen, zuerst um sich seine Ware auszusuchen, dann, um sie zu bezahlen, und ein drittes Mal, um sie endlich in Empfang zu nehmen."

("Die Welt" vom 7.2.1957)

+

Deutsche Söldner unter fremden Fahnen

"Marschier oder krepier" soll früher als Devise auf den Fahnen der französischen Fremdenlegion gestanden haben, und Marschieren und Krepieren ist auch heute noch das Los der vielen deutschen Landsknechte und Säldner, die unter den Fahnen fremder Länder kämpfen und sterben.

Seitdem im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg der Landgraf von Hessen-Kassel seine Landeskinder regimenterweise an die englische Krone zum Einsatz gegen die amerikanischen Rebellen vermietete, hat sich der Handel "Soldaten gegen Gold" immer gelohnt. Seither sind deutsche Söldner als billiges Kanonenfutter für fremde Interessen hochgeschätzt. Es ist im Lauf der Jahrhunderte nicht bei einigen tausend verkauften Hessen, Sachsen, Bayern, Württembergern und Hannoveranern geblieben. Zu ihnen stiess das Heer der abenteuerlustigen Freiwilligen. Kaum einer von ihnen hat die Heimat wiedergesehen. Die endlosen Flächen Amerikas, die Wüste Afrikas und die Dschungel Asiens schweigen. Schweigsam sind auch die Kriegsministerien der Staaten, in deren Armeen Deutsche kämpfen und die als einzige Auskunft geben könnten.

Der grosse Ausverkauf an Menschen geht auch heute noch weiter. Allein in den letzten zwanzig Jahren haben Deutsche in vier grossen Verbänden unter fremder Flagge gekämpft:

in der Legion Condor,
in den internationalen Brigaden Rotspaniens,
in den Armeen der arabischen Staaten,
in der französischen Fremdenlegion.

Übungsplatz Spanien

Der Einsatz der "Freiwilligen" der Legion Condor erfolgte auf höheren

Befehl. Es galt, unter kriegsmässigen Bedingungen die Waffen der neu aufgestellten deutschen Wehrmacht zu erproben. Daher schickte die Regierung Hitlers auf Wunsch F r a n c o s ausgesuchte deutsche Soldaten und Offiziere nach Spanien, während sie gleichzeitig mit den übrigen europäischen Grossmächten ein Abkommen abschloss, das die Nichteinmischung in den spanischen Bürgerkrieg garantierte. Unter den deutschen Fliegeroffizieren, die in spanischer Uniform ihre ersten Luftsiege errangen, waren die damaligen Oberleutnante Werner Mölders und Adolf Galland.

Den Legionären standen als Gegner auch Landsleute gegenüber, Deutsche wie sie. Es waren die 4000 deutschen Angehörigen der Internationalen Brigaden: Kommunisten, andere Gegner Hitlers, Landsknechte. Der Generalstabschef der Brigade "Ernst Thälmann" war der ehemalige königlich-sächsische Leibgrenadierleutnant Vieth von Golssenau, der heute unter dem Namen Ludwig Renn als Schriftsteller eine führende Rolle in der Sowjetzone spielt. Die Brigadiere hatten ein bitteres Schicksal. Was nicht im Krieg fiel oder von den eigenen Leuten als "Trotzkist" umgelegt wurde, floh nach dem Sieg Francos über die Pyrenäen nach Frankreich. Dort wurden sie nach dem Einmarsch der Deutschen von den Vichy-Milizen des Marschalls Pétain an die Gestapo ausgeliefert... Einige wenige Überlebende der Internationalen Brigaden haben heute in der DDR führende Stellungen. Meistens sitzen sie im SSD, der Nachfolgerin der Gestapo.

Die Geisterarmee

Einige Brigadiere sollen auch mit der sagenumwobenen "Armee Seydlitz" eingesetzt gewesen sein, die von den Russen aus den Trümmern der VI. Stalingrad-Armee angeblich als antifaschistische Truppe aufgestellt wurde. Die sowjetdeutschen Behörden sollen 1949 dem russischen Oberkommando eine Protestresolution über die "Verbrechen Deutscher in russischer Uniform" übergeben haben. Aber bis heute ist die Rolle der Generale Seydlitz und Paulus noch nicht geklärt, lässt sich doch nicht übersehen, was Wahrheit und was Zweckpropaganda war. Dem Oberkommando der Wehrmacht war vom Einsatz einer "Armee Seydlitz" unter russischem Oberkommando nichts bekannt.

Umso bekannter ist die Rolle, die Deutsche in der französischen Fremdenlegion seit ihrer Gründung vor über hundert Jahren gespielt haben. Die Eroberung Nordafrikas, die Erschliessung Indochinas, die Festigung der französischen Machtstellung auf Madagaskar - diese Ruhmesblätter der französischen Armee wurden mit dem Blut deutscher Söldner geschrieben. Wo immer sich im französischen Kolonialreich Risse zeigen, wird "La Legion Etrangére" eingesetzt. Die weissen Mützen der Legionäre sind für die aufständischen Algerier, Tunesier, Marokkaner und Indochinesen zum Symbol der französischen Unterdrückung geworden. Nicht weniger als siebzig Prozent der Legion sind Deutsche: Abenteuerlustige, Verzweifelte, Verbrecher. Die Gesamtstärke der Legion wird auf 40 000 Mann geschätzt...

Nazis unter dem Halbmond

Seit einiger Zeit beginnt das britische Foreign Office sich für die deutschen Berater in verschiedenen arabischen Ländern zu interessieren. Erst seit dem Suez-Konflikt ist man sich ganz der Rolle bewusst, die die deutschen Söldner im Nahen Osten spielen. In den Reihen der arabischen Armeen sind Deutsche bis in die höchsten Kommandostellen als Berater und Kommandeure eingesetzt. Mit wenigen Ausnahmen sind es keine ehemaligen Angehörigen des Afrikakorps, die nicht mehr den Weg in die Heimat fanden, sondern Freiwillige, die erst nach dem Krieg in Deutschland angeworben wurden. Zu ihnen gehört neben den Berufssoldaten auch Dr. Johannes von Leer, einst

Chefpropagandist des Goebbels-Ministeriums und jetzt Regierungspropagandist in Kairo, und SS-Sturmbannführer Adolf Eichmann, einst "Sonderbeauftragter zur Bereinigung der Judenfrage". Sie sind von ihrem alten Freund, dem Grossmufti El Hesseini, in den Nahen Osten vermittelt worden und schüren jetzt dort die Feindseligkeiten gegen Israel.

"Die Deutschen sind die geborenen Soldaten. Sie kämpfen als Landsknechte unter jeder Flagge - Hauptsache, sie dürfen kämpfen!" Das spöttische Wort eines französischen Offiziers gilt nicht nur den 200 Freiwilligen, die sich jeden Monat bei den Dienststellen der französischen Fremdenlegion melden.

(SID, Stuttgart, vom 4.2.1957)

+

Keine Entscheidung

w.n. Es wird so viel über die Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen, und es wird so wenig für sie tatsächlich getan, dass man immer mehr den Eindruck gewinnt, sie würde nur den wenigsten Politikern erwünscht sein. Von den vielen Reden, die in letzter Zeit über dieses Problem gehalten worden sind, geht fast jede von einer anderen politischen Konzeption aus, aber kaum eine kommt von der Wirklichkeit her.

Die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands kann aber nicht nach der Zweck- und Zielsetzung einer oder mehrerer Parteien, Interessengruppen und Wirtschaftsverbänden erfolgen, sondern bedingt die Zusammenarbeit eines möglichst weitumfassenden Gremiums, das mit dem Idealismus der Frankfurter Pauls-Kirchen-Versammlung und der Nüchternheit des politischen Realismus erfüllt ist.

Die Erklärung des ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf der 30. Tagung des Zentralkomitees während der letzten Woche kann nur als ein Beitrag gegen die Wiedervereinigung gewertet werden, weil er den weiteren und gemeinsamen Weg des deutschen Volkes nur in dem Weg des Marxismus-Leninismus sieht. Gewiss ist die Kritik Ulbrichts gegen mancherlei Erscheinungen in der Bundesrepublik nicht immer unberechtigt, aber dann müsste ja in der Sowjetzone - da sie dort eine so vorzügliche Theorie und einen noch besseren Interpreten haben - ein wundervolles Leben herrschen. Ulbricht wendet wiederholt den Begriff "Arbeiterklasse" an, offenbar weiss er noch nicht einmal, dass es die Einheit einer solchen Klasse seit Jahrzehnten nicht mehr gibt, weil die Entwicklung Begriffe des 19. Jahrhunderts zu überrollen pflegt.

Wenn Ulbricht die Bildung eines gesamtdeutschen Rates auf der Grundlage eines Staatenbundes vorschlägt und ihn Massnahmen für "freie gesamtdeutsche Wahlen zur Nationalversammlung" ausarbeiten lassen will, dann ist das als nichts anderes anzusehen als ein Plan der Machtausweitung der Pankower Regierung. Er müsste nicht Ulbricht heissen, wenn er in den letzten Jahren und Monaten etwas zugelernt hätte. Dass er aber diese Erklärung zu den Grundfragen der Politik der SED überhaupt abgab und abgeben durfte, ist als ein Zeichen dafür anzusehen, dass der Moskauer Kreml zur Zeit eine Änderung seiner Politik in Europa nicht beabsichtigt oder aber auch als nicht beabsichtigt erkennen lassen will.

Es gibt viele Theorien, was die Sowjetunion will und ihre Satelliten-

staaten ausführen. Kaum eine Theorie, und sei sie auch von den bekanntesten Experten, hat bisher der Wirklichkeit standgehalten. Die besten Beispiele dafür sind die Ereignisse in Ungarn und Polen sowie die Machtkämpfe im Kreml selbst. Es ist also müssig, über die weiteren Entscheidungen Moskaus zu theoretisieren. Es sollte vorderhand genügen, zu wissen, dass die Entscheidungen auch in der Frage der deutschen Wiedervereinigung in erster Linie von Moskau, in zweiter Linie von der Haltung des deutschen Volkes und erst in letzter Hinsicht von Walter Ulbricht und der SED abhängen.

("nacht-depesche" vom 4.2.1957)

+

Es finden

folgende Veranstaltungen

im Bezirk statt:

Verantwortlich für den Inhalt: Richard Beck, p. Adr. Berlin-Halensee, Halberstädter Strasse 7 I